

# **Metamorphosen des Extremismusbegriffes**

Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik  
einer funktionalen Unzulänglichkeit



# Zur gesellschaftlichen Relevanz des Extremismusbegriffes

# 1

*Extremism in the defense of liberty is no vice,  
moderation in the pursuit of justice is no virtue.*

Barry Goldwater, republikanischer Präsidentschaftskandidat 1964.<sup>1</sup>

Der Terminus *Extremismus* ist gesellschaftlicher Orientierungsrahmen für politische Normalität und erfüllt darüber hinaus zentrale Funktionen als sicherheitspolitisches Konzept für staatliche Herrschaftspraxis. *Extremismus*<sup>2</sup> fungiert als Oberbegriff zur Kennzeichnung einer ganzen Bandbreite von Erscheinungen, von denen sich eine der Selbstbeschreibung nach demokratische Mehrheits- und Konsensgesellschaft abzugrenzen versucht.

Um der vermeintlichen Gefahr des politischen *Extremismus* zu begegnen, stehen der Bundesregierung seit 2011 jährlich 29 Millionen Euro zur Verfügung. 24 Millionen Euro werden im Rahmen der beiden Bundesförderprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aufgewendet, um sozialräumliche Akteure in ihrem bürgerschaftlichen Engagement zu unterstützen und *Rechtsextremismus* entgegenzuwirken. Die übrigen 5 Millionen sind explizit für die Prävention von *Links- und islamistischen Extremismus* im Rahmen des Förderprogramms „Initiative Demokratie Stärken“ vorgesehen. Voraussetzung für die Förderung durch diese drei Programme ist ein schriftliches Bekenntnis zur Demokratie und zur *fdGO*:

- 
- 1 Aus Barry Goldwaters Acceptance Speech zu seiner Nominierung als republikanischer Präsidentschaftskandidat. Vgl. <http://www.washingtonpost.com/wp-srv/politics/daily/may98/goldwaterspeech.htm> [Stand: 03.01.2014].
  - 2 Um die diskursive Konstruiertheit sowohl des Extremismus- als auch des Radikalismusbegriffes deutlich zu machen, werden diese in der vorliegenden Arbeit stets kursiv geschrieben. So soll vor allem vermieden werden, mit dieser Analyse an einer weiteren Etablierung des Extremismusbegriffes mitzustricken.

„Hiermit bestätigen wir, dass wir uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten. Wir werden keine Personen oder Organisationen mit der inhaltlichen Mitwirkung an der Durchführung des Projekts beauftragen, von denen uns bekannt ist oder bei denen wir damit rechnen, dass sie sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betätigen.“<sup>3</sup>

Im Zuge der Einführung der sogenannten Demokratieerklärung kam es zu zahlreichen Protestbekundungen von Verbänden, Gewerkschaften und den Oppositionsparteien, besonders aber von Initiativen, die die Unterzeichnung der Klausel ablehnen, da sie unter Generalverdacht stelle und demokratische Beteiligung erschwere.<sup>4</sup> Während die Bundesregierung offenbar eine Art Anti-Extremismus-Offensive zum Schutz und zur Stärkung der Demokratie gestartet hat, reagieren weite Teile der engagierten Zivilbevölkerung darauf mit Unmut, bezeichnen den Extremismusbegriff selbst als antidemokratisch und stellen dessen Funktionalität und wissenschaftliche Haltbarkeit zunehmend in Frage.<sup>5</sup> Schon diese jüngsten Auseinandersetzungen zeigen an, dass *Extremismus* ein umkämpfter, überdies bekämpfter Begriff ist und damit im Zentrum eines komplexen gesamtgesellschaftlichen Diskurses steht, dessen Entwicklung im Laufe dieser Forschungsarbeit ausgeleuchtet werden sollen.

## 1.1 Forschungsfragen und Leithypothesen

Ein Hauptziel der hier vorgelegten Untersuchung ist es, die Geschichte des Extremismusbegriffes im Hinblick auf dessen etymologische Wurzeln zu untersuchen und die Evolution des Diskurses anhand signifikanter diskursiver Ereignisse nachzuzeichnen. Den Ausgangspunkt dafür bildet die Genese des politischen Extremismusbegriffes in Abgrenzung zu dem des *Radikalismus*, wie sie sich im Kontext des „Radikalerlasses“ von 1972 vollzog.<sup>6</sup> Diese Wende im Sprachge-

3 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2012).

4 Vgl. Aktionsbündnis gegen Bekenntniszwang: <http://aktionstaggegenbekenntniszwang.blogspot.de/protestschreiben> [Stand 05.05.2013]

5 Vgl. beispielsweise die Reaktionen auf die Ablehnung des sogenannten sächsischen Demokratiepreises durch den AkuBiZ.e.V.: [http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/11/15/4983\\_4983](http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/11/15/4983_4983) [Stand: 25.09.2014]

6 Das entsprechende Gesetz wird zeitgleich als „Extremismusbeschluss“ oder „Radikalerlass“ bezeichnet. Diese semantische Ambivalenz verweist auf den Streit um die Deutungshoheit innerhalb des Diskurses, worauf im Forschungsbericht gesondert eingegangen wird (siehe 3.2).

brauch bereitete den Boden für die Gleichsetzung des Terminus der Verfassungsfeindlichkeit mit dem des *Extremismus*. Forschungsleitend ist somit die Frage, in welchem Sinne der Begriff einen semantischen Mehrwert innerhalb der politischen Theorie und des Weiteren im medialen und alltagssprachlichen Diskurs darstellt; welche Ordnungsmacht das Kollektivsymbol *Extremismus* entfalten kann, wenn es als Abgrenzung zum *Boden unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung* in Stellung gebracht wird.

Die Rede vom *Extremismus* soll in verschiedenen Repräsentationsebenen staatlicher Institutionen, der Öffentlichkeit und der Wissenschaft untersucht werden. Anhand eines entsprechenden Kategorienschemas zeichnen sich möglicherweise Gemeinsamkeiten und Differenzen in der Diskursstruktur ab, die ihrerseits auf etwaige Interdependenzen und Wechselwirkungen schließen lassen. Eine zentrale Leithypothese lautet: Die Konjunktur des Extremismusbegriffes ist geprägt von juristischen, sicherheits- und bildungspolitischen Beschlüssen, die ihrerseits durch wissenschaftliche Institutionen und Stiftungen legitimiert und medial reproduziert werden. Holger Oppenhäuser zufolge ist die „Entstehung des E-Konzepts aufs engste an die Praxen sowohl der repressiven als auch der ideologischen Staatsapparate gekoppelt“<sup>7</sup>. Fassbar wird dieses Zusammenwirken von staatlichen Maßnahmen und wissenschaftlichen Aussagen mittels des Foucault'schen Begriffes des Dispositivs und ganz konkret anhand des Mitte der 90er Jahre durch Jost Müller konstatierten „Staatsschutzdispositiv Extremismus“<sup>8</sup>. Dispositive umfassen „Diskurse, Institutionen, [...] Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen, philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wohl wie Ungesagtes“<sup>9</sup>. Für eine umfassende Analyse dieses Dispositivs müssten auch Praxen wie zum Beispiel Gesetzgebungen und Verordnungen systematisch ausgewertet werden. Da diese Datenfülle den Rahmen der Arbeit sprengen würde, verweisen wir lediglich auf solche Fragmente, welche die Reichweite einer reinen Diskursanalyse überschreiten, werten sie aber nicht als eigenständigen Bereich aus.

In der vorliegenden Forschungsarbeit gehen wir dabei wie folgt vor: Zunächst wird in aller Kürze der historische Rahmen skizziert werden, in dem sich unsere Analyse bewegt. Es werden die zentralen Begriffe der Kritischen Diskursanalyse (KDA) und der Normalismustheorie Jürgen Links erläutert, da diese beiden Forschungsansätze für die Analysemethode und das Niveau der Phänomen- und Problembeschreibung eine entscheidende Rolle spielen. Daran anschließend werden diese allgemeinen Begriffe auf den Extremismuskurs übertragen und konkretisiert. Nach diesem

---

7 Oppenhäuser (2011): S. 43.

8 Müller (1995): S. 157f.

9 Foucault (1978): S. 119f.

methodologischen Teil werden die zu untersuchenden Ereignisse bestimmt, um im Folgenden einen Überblick über das vorhandene Datenmaterial zu geben und darzustellen, anhand welcher Auswahlkriterien daraus die fein zu analysierenden Fragmente gefiltert wurden. Ab Kapitel drei beginnt die eigentliche Auswertung dieser Fragmente. Dazu werden zu jedem ausgewählten Ereignis die Einzelanalysen synchron nebeneinander gestellt und in einem kurzen Zwischenfazit verglichen. Die Reihenfolge der Ebenen innerhalb eines Zwischenkapitels ist dabei an dem chronologischen Erscheinen der Fragmente orientiert.<sup>10</sup> Durch diese Ordnung der Einzelanalysen sollen vor allem Einflüsse der Ebenen aufeinander sichtbar gemacht werden. Um dabei jedoch nicht die zeitlichen Entwicklungslinien aus dem Blick zu verlieren, schließt daran im vierten Kapitel noch eine knappe diachrone Betrachtung jeder Ebene für sich und eine zusammenfassende Betrachtung der Gesamtentwicklung an. Nachdem so der Extremismuskurs sowohl synchron-ereignisbezogen als auch diachron-ebenenbezogen beleuchtet wurde, wird in der Schlussbetrachtung ein allgemeines Fazit aus der Analyse gezogen und sich ergebende Thesen ausgeführt, bevor auf dieser Grundlage noch ein Ausblick über die jüngste Entwicklung des Extremismuskurses gegeben wird, die über den zeitlichen Rahmen der ausgewählten Ereignisse hinausreicht.

---

## 1.2 Diskursiver Kontext des Extremismusdispositivs

Nachdem unsere Forschungsfrage und unsere Leithypothesen dargestellt wurden, soll als nächster Schritt der diskursive Kontext, das heißt der sozial-historische Rahmen skizziert werden, auf welchen unsere Diskursanalyse abzielt und von welchem ausgehend unsere verwendeten positiven Quellen und Praxen erzeugt wurden. Dabei werden bereits bekannte Thesen und Entwicklungen kurz nachgezeichnet, um sie mit dem dispositivanalytischen Theorem des gesellschaftlichen *Notstandes* zu verbinden bzw. diesen für unseren Fall einzukreisen. Zunächst aber zu den Begriffen *diskursiver Kontext* und *Notstand* selbst: Mit diskursivem Kontext ist bei Jäger in der kritischen Diskursanalyse (KDA) eine methodische Abgrenzung und Bestimmung des Zeit- und Weltraumes des vermuteten Dispositives, welches Untersuchungsgegenstand ist, gemeint. Innerhalb dieses Kontextes sind konkrete Ereignisse beobachtbar, welche zu dominanten diskursiven Ereignissen

---

10 Teilweise ist eine exakte chronologische Ordnung durch die Betrachtung mehrerer Fragmente einer Ebene nicht möglich. Hier wurden die Unterkapitel an die für die Entwicklungslogik des Diskurses sinnvollste Stelle gesetzt.

werden können, die „den Diskursverlauf möglicherweise entscheidend beeinflusst haben.“<sup>11</sup> Ob ein Diskursmoment innerhalb eines diskursiven Kontextes zu einem solchen Ereignis wird, hängt dabei „von jeweiligen politischen Dominanzen und Konjunkturen ab“<sup>12</sup>.

Ein weiterer methodischer Bestimmungsbegriff, den Jäger von Foucault übernimmt und systematisiert, ist der bereits erwähnte Notstand. Darunter verstehen Jäger und Foucault das motivierende, das ein Dispositiv herausfordernde historische Moment. Foucault versteht darunter „eine Art von [...] Formation, deren Hauptfunktion zu einem gegebenen historischen Zeitpunkt darin bestanden hat, auf einen Notstand (urgence) zu antworten.“<sup>13</sup> Jäger präzisiert: „Das Dispositiv reagiert also auf einen Notstand und sucht ihn zu beseitigen, verursacht bei diesem Versuch jedoch negative Effekte, oder auch oft: nicht gewollte oder sogar positive Effekte, die sich gegen diesen Versuch richten und dadurch weitere Notstände hervorrufen, aber möglicherweise auch Widerstände gegen Entwicklungen, die im ursprünglichen Dispositiv nicht ‚vorgesehen‘ waren.“<sup>14</sup> Der Notstand selbst ist dabei immer auch eine Perspektive, also ein subjektives Moment individueller oder kollektiver Subjekte, auf welches strategisch als Behandlung des bedauernswerten Zustandes ein Dispositiv einwirken soll, das eine eingeklagte Notwendigkeit zur Behebung des Notstandes darstellt. Dabei kann die „Behandlung“ schlimmer sein als die „Krankheit“, und die „Rhizome“<sup>15</sup> scheinen die Angewohnheit zu haben, an den unmöglichsten Stellen durch den Boden zu brechen.

Um Diskursebenen, Diskursstränge, und Diskursfragmente<sup>16</sup> für einen analytischen Zugang aufzuschließen, ist es also hilfreich, „den Notstand zu bestimmen, auf den das Dispositiv reagiert“<sup>17</sup>, auch um Transformationen dieses Notstandes, der selbst natürlich auch immer historisch-diskursiv ist, ausmachen zu können. „Dabei ‚wandern‘ die Dispositive in Verbindung mit den Notständen, auf die das Dispositiv reagiert, ändert es sich, regeneriert es sich und erweist damit eine erhebliche Überlebensfähigkeit, die natürlich auch an ihre Grenzen stoßen kann [sic].“<sup>18</sup>

Zur historischen Einordnung des Auftauchens und Wirkmächtig-werdens des Extremismusbegriffes in der Nachkriegszeit innerhalb des bundesdeutschen

---

11 Jäger (2012): S. 125.

12 ebd.: S. 82.

13 Foucault (1978): S. 128.

14 Jäger (2012): S. 72.

15 vgl. Deleuze (1977): S. 10ff.

16 vgl. Jäger (1999): S. 136ff.

17 Jäger (2012): S. 74.

18 Ebd.: S. 124.

politischen Feldes gibt es zwei Hauptargumente, die von Kritiker\_innen<sup>19</sup> wie auch Apologet\_innen desselben gleichermaßen benannt werden. Das erste bezieht sich auf das neue Selbstverständnis des politischen Systems der BRD nach 1945 in Abgrenzung zur Weimarer Republik, welche als *Demokratie ohne Demokraten* innerhalb der Konstitutions- und Begründungsphase der BRD verhandelt wird. Dabei wird zentral der Übergang bzw. das Ersetzen des Begriffes des *Radikalismus* durch den Begriff des *Extremismus* innerhalb der Selbstbeschreibung des politischen Systems besprochen. Dieses Argument ist eher formaler Art und trifft hauptsächlich auf die Begriffsgeschichte der politischen Theorie zu. Im Kern besagt es, dass durch die Einführung des bürgerlichen Staates in die Staatstheorie Vorstellungen von Stabilität, Dauer, Ausgeglichenheit und Konsens dominierend wurden. In der Konstitutionsphase der BRD wurde diese Vorstellung einer stabilen Mitte und einer wehrhaften Demokratie, die sich gegen abweichende (nicht mehr *radikale*, sondern immer öfter *extreme*) Positionen zu verteidigen weiß, geradezu Konstruktionsprinzip der politischen Ordnung selbst. Sichtbar wird dies beispielsweise an der Fünfprozenthürde, welche minoritäre Gruppen aus dem legislativen bzw. parlamentarischen Prozess ausschließt, marginalisiert und unter den Teppich der legitimen Diskurspositionen kehrt. Anders war dies noch in der Weimarer Republik, in welcher alle radikalen Positionen als Teil des Parteienspektrums ernst zu nehmen waren, weil sie bei bestimmten Fragestellungen und Problemen als an die Wurzel, den Dingen auf den Grund gehend<sup>20</sup> betrachtet wurden. Das Selbstverständnis der jungen BRD als stabiler Fels in der Brandung erzeugt den Anschein eines erfolgreichen Reboots deutscher Geschichte, in welchem nun der Interessenausgleich hin zur *Mitte* gelungen scheint und in dem Staat, Familie und System der Bedürfnisse endlich versöhnt sind. In diesem Kontext und gesellschaftlichem Klima zeichnet sich der *Extremismus* als relationaler, politischer Begriff mit Bezug zur *Mitte* aus, welcher jeweils tagesaktuell *Extreme* ausschließen und vor allem kennzeichnen kann. Kurz: Das Selbstverständnis des politischen Systems als stabil und dauerhaft macht die semantische Verschiebung von *Radikalismus* zu *Extremismus* notwendig.<sup>21</sup> Es handelt sich also um eine Verschiebung, die zuerst innerhalb der staatlichen Institutionen zu beobachten sein sollte.

---

19 In dieser Arbeit wird für eine geschlechtsneutrale Schreibweise das Gender\_Gap verwendet. Im Gegensatz zum Binnen-I sollen dabei nicht nur Frauen und Männer sprachlich sichtbar gemacht werden, sondern der Zwischenraum soll ein Hinweis sein auf Menschen, die nicht in die Kategorien der Zweigeschlechtlichkeit passen, wie beispielsweise inter- oder transgeschlechtliche Personen.

20 Vgl. Böhm-Kuby (1991): S. 28ff.

21 Vgl. Böhm-Kuby (1991): S. 23ff.



Das zweite Argument bezieht sich hingegen auf den gesellschaftlichen Transformationsprozess selbst, in dem auch deutlicher der zuvor dargestellte gesellschaftliche Notstand als Motivlage verortet werden kann. Nach der Bildung einer sozial-liberalen Regierung unter Willy Brandt 1969 wird dieser Notstand deutlich, und die Notwendigkeit, staatlicherseits „nicht länger [...] jede Form linker Fundamentalkritik am Status quo mit dem Radikalismusbegriff ins verfassungsrechtliche Abseits zu rücken.“<sup>22</sup>, gerät in den gesellschaftspolitischen Fokus. Anders formuliert stellt sich plötzlich das Problem, wie man Verfassungsfeinde deutlich benennen kann, ohne jede Kritik am Staat als notwendig verfassungsfeindlich auffassen zu müssen.<sup>23</sup> Der ehemalige Minister Maierhofer schreibt dazu im Vorwort des VS-Berichtes 1975: „In früheren Verfassungsschutzberichten wurden solche [verfassungsfeindlichen] Bestrebungen als ‚radikal‘ bezeichnet. Der Begriff ‚extremistisch‘ trägt demgegenüber der Tatsache Rechnung, daß politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine bestimmte, nach allgemeinem Sprachgebrauch ‚radikale‘, das heißt an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben. Sie sind ‚extremistisch‘ und damit verfassungsfeindlich im Rechtssinne nur dann, wenn sie sich gegen den [...] Grundbestand unserer freiheitlich rechtsstaatlichen Verfassung richten.“<sup>24</sup> Oppenhäuser fasst diese neue, als notwendig erachtete Funktionalität des Extremismusbegriffes folgendermaßen zusammen: „Das E-Wort wird also explizit aufgrund eines semantischen ‚Mehrwertes‘ eingeführt, nämlich den juristischen Term der Verfassungsfeindlichkeit adäquat in den allgemeinen Sprachgebrauch zu überführen.“<sup>25</sup>

All das lässt sich nur im historischen Kontext der 60er und 70er Jahre verstehen. Die Studierendenproteste von '68 und die Neuen Sozialen Bewegungen hatten durch ihre politischen Forderungen zum Teil zu einem veränderten Umgang mit Autoritäten, Sexualmoral, politischem Selbstverständnis der Bürger\_innen usw. beigetragen und einen dauerhaften soziokulturellen Wandel eingeleitet. In der politischen Agenda wurde dies mit der Bildung der sozialliberalen Regierung 1969 unter Willy Brandt verankert. In seiner Regierungserklärung versprach dieser: „Wir

---

22 Backes (2006): S. 197.

23 Diese Dynamik ist oft auch bei politischen Säuberungsaktionen zu beobachten. Erinnert sei an „Die Revolution frisst ihre Kinder“, die chinesische Kulturrevolution oder an die Roten Khmer.

24 Bundesminister des Innern (1975): S. 4.

25 Oppenhäuser (2011): S. 39. Oppenhäuser verwechselt hier allerdings den Begriff der Verfassungsfeindlichkeit mit dem tatsächlich juristischen Term der Verfassungswidrigkeit.

wollen mehr Demokratie wagen.“<sup>26</sup> Dazu gehörte auch eine neue Ostpolitik, die in der Anerkennung der DDR und in Gewaltverzichtsverträgen mit den osteuropäischen Staaten sichtbar wurde. Diese politische Neuausrichtung der Regierung Brandt wird dabei als entscheidende Weichenstellung für die Notwendigkeit einer neuen Semantik innerhalb der politischen Theorie, aber auch der Selbstbeschreibung des politischen und gesellschaftlichen Systems der BRD angesehen.<sup>27</sup> In diesem Klima, in dem nicht mehr jede\_r linke Studierende als Gegner\_in der *fdGO* aufgefasst werden sollte und nicht mehr jede außerparlamentarische Opposition als verfassungsfeindlich kategorisiert gehörte, wurde es aufgrund der Entwicklungen innerhalb militanter Gruppen aus staatlicher Sicht notwendig, eine neue Grenze zu ziehen.

Diese Notstandsbekämpfung, die dazu führte, dass der Anfang der 70er Jahre noch gebräuchliche Term *Radikalismus* durch *Extremismus* ersetzt und erweitert wurde, fällt zusammen mit der Konjunktur einer Neuen Linken, „die als Infra-gestellung eines gängigen Modus politischer Konsensproduktion in einer von Antagonismen gezeichneten Gesellschaft wahrgenommen wurde.“<sup>28</sup>

Interessant erscheint hier vor allem, dass das Extremismusdispositiv genau dem folgt, was Jäger formal beschreibt: Ein Begriff wird eingeführt, der die Liberalisierung und Demokratisierung der Gesellschaft fortführen, die BRD freiheitlicher machen und bestimmte Akteur\_innen in den politischen Prozess reintegrieren sollte. Der Extremismusbegriff, der zur politischen Praxis der Freund-Feind-Bestimmung herangezogen wurde, stellt im Weiteren seine Funktionalität als politischer Kampfbegriff des Mittendenkens unter Beweis. Das eigentliche Anliegen – der Notstand – wird nicht behandelt, stattdessen werden neue Notstände produziert. So findet sich eine erste Praxis des neuen Dispositivs im Rahmen des „Demokratiewagnisses“ darin, dass die Regierung Brandt 1972 den „Radikalerlass“ verabschiedet, welcher eine aktive Verfassungstreue zur Voraussetzung für die Einstellung im öffentlichen Dienst machte und faktisch Berufsverbote von Personen, die in „zweifelhaften“ Organisationen Mitglied waren, nach sich zog. Verständlich und anzuerkennen ist es, wenn Brandt rückblickend vom Radikalerlass als einem Fehler und politischen Irrtum spricht.<sup>29</sup> Nichtsdestotrotz stellt der Erlass die Geburtsstunde des moder-

---

26 Vgl. Regierungserklärung des Bundeskanzlers Willy Brandt vom 28. Oktober 1969. [http://hdg.de/lemo/html/dokumente/KontinuitaetUndWandel\\_erklaerungBrandtRegierungserklaerung1969/index.html](http://hdg.de/lemo/html/dokumente/KontinuitaetUndWandel_erklaerungBrandtRegierungserklaerung1969/index.html) [Stand: 05.05.2013]

27 Zum Beispiel Oppenhäuser (2011): S. 39 oder Backes (2006): S. 197.

28 Oppenhäuser (2011): S. 38.

29 Vgl. Wilke (2010).

Metamorphosen des Extremismusbegriffes

Diskursanalytische Untersuchungen zur Dynamik einer  
funktionalen Unzulänglichkeit

Ackermann, J.; Behne, K.; Buchta, F.; Drobot, M.; Knopp,  
P.

2015, XII, 244 S. 9 Abb., 5 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-06311-5